

mittendrin

Ausgabe 3 / 2022 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Auf zum Berliner Kultursommer

Zunächst einmal bin ich sehr froh, dass unsere Koalition in Berlin ihre Arbeit fortsetzen kann – das ist ja schließlich die Voraussetzung, diesen Beitrag schreiben zu können.

Und plötzlich bin ich da der „alte Hase“, das einzige Senatsmitglied, das in seinem Beritt geblieben ist. So kam es dann, dass ich kürzlich in einem Interview nach meinen Schwerpunkten, meiner Agenda für die zweite Amtszeit gefragt wurde. Geantwortet habe ich, dass ich keine neuen Schwerpunkte setzen muss, es gäbe noch genug zu tun, zu verbessern, nachzuschärfen oder, in Bezug auf meine Leitlinien, ganz neu anzustoßen. Ja – meine kulturpolitischen Leitlinien ändern sich nicht, warum sollten sie auch!? Teilhabe an und Niedrigschwelligkeit von Kulturangeboten in der ganzen Stadt, Diversität, Barrierefreiheit, künstlerische Exzellenz, Erinnerungskultur und auch natürlich die Stärkung und Sicherung dessen, was wir erreicht haben – das sind die Eckpfeiler meiner Arbeit. Meiner und der meines ganzen Teams.

Und dann gibt es 2022 noch Corona, immer noch und leider. Hier kommen wir in den zeitlichen Nahbereich meiner Arbeit als Senator für Kultur und Europa. Die hohe Zahl der Opfer, die möglichen Langzeitfolgen sind die eine, furchtbar tragische Seite dieser Pandemie. Um Menschen zu schützen, Ansteckungsgefahren zu minimieren, mussten wir massive Einschnitte hinnehmen – alle. Besonders betroffen war aber die Kulturbranche, Künstlerinnen und Künstler. Im März 2020, von einem Tag auf den anderen, ohne Einnahmen, ohne ein absehbares Ende der Einschränkungen und ohne Perspektive.



Foto: Petrov Ahner

Wir haben in den letzten zwei Jahren getan, was möglich war: Soforthilfen angeschoben, Liquiditätshilfen aufgelegt, Hygienerahmenkonzepte erstellt – schlicht, um das Überleben der Kulturbranche zu sichern und Kultur in dem Maße zu ermöglichen, wie dies die Pandemie zuließ.

In den kommenden Monaten geht es mir darum, zweierlei zu gewährleisten: Die Hilfen für die Kultur so anzupassen, dass sie nicht mehr nur die grösste Not lindern, sondern wirklich und ganz praktisch Hilfen für einen Neustart, ein Wiederanfahren des Kulturbetriebes sind. Wir müssen tun, was geht, um die Kultur zu stärken. Dafür braucht es Kredithilfen, Hilfen bei Investitionen, die während der Pandemie nicht getätigt werden konnten, und es braucht Programmhilfen.

Der zweite Punkt schließt dort an und geht weiter. Die bunte und vielfältige Berliner Kulturlandschaft muss wieder sichtbar

werden und Berliner*innen und Gäste der Stadt müssen wieder in den Genuss unseres kulturellen Reichtums kommen. Deshalb sind wir gerade dabei den Kultursommer vorzubereiten. Er ist ein wichtiges Signal der Hoffnung, sowohl für die Kulturszene als auch für die Bevölkerung.

Der Kultursommer soll uns allen wieder dieses bestimmte Berliner Lebensgefühl schenken, das wir in den letzten zwei Jahren so schmerzlich vermisst haben. Wir haben so viel aufzuholen, nachzuholen! Geplant sind Veranstaltungen, verteilt über die ganze Stadt. Dabei brauchen wir natürlich auch die Unterstützung der Bezirke, damit die Veranstaltungen so umstandslos wie möglich genehmigt werden. Ich winke auch ganz bewusst in Richtung Mitte. Und nun auf, Richtung (Kultur-)Sommer – und bleibt gesund.

Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

Die Waffen nieder!



Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland, für Deeskalation und Abrüstung.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Rathaus

Neue Wege, neue Ziele

Wie in jedem Jahr hat sich das Bezirksamt gemeinsame Jahresziele gesetzt. Diese richten sich sowohl nach innen, streben also die Verbesserung der Verwaltung selbst an, als auch nach außen für die Bewohner:innen unseres Bezirks.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass für den Gesundheitsbereich dieses Jahr ein neues Ziel auf die Agenda gesetzt wird – die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Menschen, die einen erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem haben. Es geht um Menschen, die unsere Unterstützung benötigen, weil sie nicht krankenversichert sind, obdach- oder wohnungslos sind und nicht aufgefangen werden, wenn sie aus dem „System“ fallen. Durch seine zentrale Lage kann der Bezirk Mitte hier durchaus Vorreiter werden und die Versorgung perspektivisch berlinweit koordinieren. Dafür legen wir dieses Jahr erste Grundlagen.

Ein weiteres bedeutendes Ziel meiner Abteilung ist es, den Erstkontakt zu

möglichst allen Familien mit Neugeborenen in Mitte herzustellen. Der Kontakt zum Gesundheitsamt dient dazu, Eltern die Unterstützung zu geben, die sie brauchen, wenn sie ihr erstes, zweites oder drittes Kind willkommen heißen. So wird auch der Kinderschutz besser gewährleistet und Hilfebedarfe können frühzeitig erkannt werden. Leider gelingt es uns noch nicht, alle jungen Familien zu besuchen, da keine Verpflichtung für die Eltern besteht, dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst die Tür zu öffnen. Dafür gibt es aber Sprechstunden im Amt, zur Not auch telefonisch. Hier müssen wir neue Wege finden, wie wir Familien ansprechen, die dem Erstkontakt bislang nicht zugestimmt haben.

Dass Mitte ein sehr kinderreicher Bezirk ist, wissen wahrscheinlich alle. Aber wussten Sie, dass es heute bereits rund 20.000 Kita- und Tagespflegeplätze allein in Mitte gibt? Leider deckt selbst diese hohe Anzahl noch nicht den kompletten Bedarf. Deshalb ist ein weiteres Ziel von mir, den



Kitausbau weiter voranzutreiben, denn jedes Kind hat das Recht auf einen Kitaplatz. Das Jugendamt plant gemeinsam mit den Freien Trägern den Ausbau von weiteren 600 Kitaplätzen bis 2023 und leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen Kinder- und Familienarmut.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Aus der BVV

Haushaltskürzungen, Wohnraumleerstände, Baumfällungen ...

Der Haushalt für die nächsten beiden Jahre steht derzeit im Vordergrund. Alle Bezirke bekommen vom Finanzsenator weniger Geld zugewiesen. Die Begründung für diese Kürzungen, verringerte Steuereinnahmen, ist nicht nachvollziehbar.

Alle Prognosen gehen von steigenden Steuereinnahmen für Berlin aus. Mitte muss in diesem Jahr über acht Millionen und im kommenden über zehn Millionen Euro einsparen. Der Bezirk muss sich dafür einsetzen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden. Wie diese Einsparungen durch das Bezirksamt auf die Fachabteilungen aufgeteilt werden sollen, ist ebenso nicht nachvollziehbar. Gerade der Jugendbereich ist mit seinem Angebot von sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ besonders betroffen. Der Wegfall dieser Leistungen trifft vorrangig Kinder aus einkommensschwachen Familien. Wir haben zwei Anträge eingebracht, die diese

Vorhaben zurücknehmen sollen. In Anträgen haben wir außerdem gefordert, dass ein vom Bezirk nun neu entwickeltes Wirtschaftsfächenkonzept Rücksicht auf soziale Belange nehmen und mit dem Sozialinfrastrukturkonzept des Bezirkes in Einklang sein muss. Zum Thema Barrierefreiheit wollen wir sowohl, dass diese im Rathaus Tiergarten endlich umgesetzt wird, als auch, dass das Bezirksamt einen Masterplan erstellt und der BVV vorlegt.

Ein sehr zentrales Thema ist immer wieder der Leerstand von Wohnungen. Dazu gab es drei Einwohner:innen-Anfragen, zu denen von unserer Seite Martha Kleedörfer als wohnungspolitische Sprecherin Stellung genommen hat. Wir fragen auch gezielt nach, wie das Bezirksamt mit den bekannten Leerständen umgeht, und wie für einige noch gut bewohnbare Gebäude in Moabit und Wedding Abrissgenehmigungen erteilt werden konnten. Wir bleiben beim Thema Leerstand und

Abriss – vor allem ganz aktuell durch den Bayer-Konzern in der Tegeler Straße – weiter dran. Bei letzterem spielen auch Naturschutzbelange eine Rolle, die unser nun mehrheitlich grün regiertes Bezirksamt gerne ignoriert. So ist es unsere Aufgabe, jeden Baum, der aufgrund von Interessen der Investoren gefällt wird, genauso zu hinterfragen wie die Neupflanzung, die häufig an ganz anderem Ort vorgenommen wird.

Ein Thema, das unsere Schulverantwortlichen in ganz Berlin umtreibt, ist die Rückholung von Reinigungsdiensten in die bezirkliche Hand. Dies sowohl für bessere Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte als auch für ein dadurch bedingtes besseres Ergebnis. Wir fordern deshalb eine Neubewertung anhand eines durch die Gewerkschaft Ver.di aktuell zur Verfügung gestellten Kalkulationsinstruments.

Ingrid Bertermann,
Fraktionsgeschäftsführerin

Angriff auf die Ukraine: Stoppt den Krieg!

Putins Truppen greifen die Ukraine an. **DIE LINKE stellt sich gegen diesen Angriff. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf um Einflussphären leiden – und nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind.**

In den letzten Jahren hat die NATO mit ihrer Aufrüstung und ihren Erweiterungsplänen zur Eskalation beigetragen. Aber: die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Angriff russischer Truppen sind keine »Friedensmission«, sondern völkerrechtswidrig und Akte des Militarismus. Putin hat deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen.

Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden. Die Menschen dürfen nicht mehr zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden.

Von der Eskalationsspirale profitieren nur die Rüstungskonzerne.



Es braucht einen Politikwechsel – für gewaltfreie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation. Daher rufen wir bundesweit zu Protesten auf:

Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder, Frieden jetzt!

DIE LINKE. fordert

- Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!
- Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden! Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt das Ziel.
- Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und NATO-Mitgliedsstaaten.
- Geflüchtete schützen – Grenzen auf! Abschiebungen und Pushbacks aus der EU in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden. Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern.
- Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmachtpolitik!

Seniorenvertretung ist Interessenvertretung der Generation 60plus

Viele Haushalte in Berlin wurden Anfang Januar durch einen Brief mit Wahlunterlagen überrascht. Auf Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes werden im Abstand von 5 Jahren alle Menschen ab 60 in Berlin aufgefordert, ihre bezirklichen Seniorenvertretungen zu wählen. Es gilt für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Diese gesetzlich verankerte Interessenvertretung der älteren Generation ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Dabei begründet dieses Gesetz den Rechtsanspruch der Generation 60plus auf Mitsprache, Mitwirkung und Mitgestaltung der Gesellschaft mit und gegenüber Politik und Verwaltung. Es fördert die aktive Beteiligung der Berliner Seniorinnen und Senioren am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben.

Je mehr Menschen ihr demokratisches Wahlrecht wahrnehmen, desto nachdrücklicher können ihre Sorgen, Wünsche, Anregungen und Forderungen durch die Seniorenvertretung gegenüber den bezirklichen Einrichtungen und der Politik vertreten werden.

Jede Stimme ist wichtig. Erstmals gab es die Möglichkeit der Briefwahl. Wer diese

beantragte, bekam auch eine Übersicht, wer sich zur Wahl stellt. Für alle anderen Menschen gibt es die Informationen fast nur auf digitalem Wege. Auf der Web-Seite des Bezirksamtes bzw. der Seniorenvertretung sind sie einsehbar. In Seniorenbegegnungstätten, Pflegeeinrichtungen sowie mancher Apotheke liegt Wahlmaterial aus. Das reicht aber bei weitem nicht aus, die Kandidaten bekannt zu machen.

Wegen Corona sind alle angekündigten persönlichen Kandidaten-Vorstellungstermine durch den Bezirk abgesagt worden. Eine Videokonferenz bot die einmalige Gelegenheit, allgemeine Fragen zur Wahl und spezifische Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zu stellen.

In der Woche vom 14. bis 18. März 2022 findet die Stimmabgabe in jeweils einem Wahllokal im Bezirk statt. In den Wahlunterlagen sind die Orte veröffentlicht. Wenn die Wahlunterlagen vernichtet wurden, besteht die Möglichkeit unter Vorlage des Personaldokumentes in einem der Lokale zwischen 10 Uhr und 16 Uhr zu wählen. Unter der berlinweiten Telefon-Hotlinie 90 288 500 können von Montag bis Freitag zwischen 9 bis 15 Uhr Fragen rund um die Wahl gestellt werden.

Nehmen Sie Ihr Mitbestimmungsrecht wahr und beteiligen Sie sich an der Wahl.



Jede Stimme ist wichtig für die Interessenvertretung der Generation 60plus.

Charlotte Hahn,
Mitglied der Seniorenvertretung
und Kandidatin

Die Wahllokale in Mitte:

- 14.03. Club Tiergarten, Turmstr.71,
- 15.03. Treff Otawistr.48
- 16.03. Sprengelhaus, Sprengelstr.15
- 17.03. Haus Bottrop, Schönwalder Str.4
- 18.03. Begegnungsstätte „Mehr Mitte“, Torstr.190

140 Wohnungen versus Baustellencontainer

Der bekannte Pharmakonzern BAYER will insgesamt 140 Wohnungen in der Tegeler Straße abreißen, um auf dem Areal einen Baustellenplatz zu installieren. Der Abriss schien bereits unumgänglich, doch der Verdacht auf Fledermäuse verzögert den Prozess. Nun gibt es Hoffnung, die Vernichtung der bezahlbaren Wohnungen zu umgehen.

Der Mettmannkiez, eine kleine Häuserreihe entlang der Tegeler-/Ecke Fennstraße, gehört seit mehr als 60 Jahren zu BAYER, ehemals Schering. Das Gebiet, auf dem die

inmitten einer massiven Wohnungskrise 140 bezahlbare Wohnungen ab, um dorthin Baustellencontainer zu stellen?

Der Abriss wurde jedoch vorübergehend verhindert, denn ein Gutachten muss zu erst belegen, dass in den abzureißenden Häusern keine Fledermäuse leben. Absurd, wenn man bedenkt, dass dort lebende Menschen kein Hindernis für den Abriss darstellten. Darüber hinaus brachte die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte einen Antrag ein, der das Bezirksamt aufforderte, die Abrissgeneh-



Abriss bezahlbarer Wohnungen in der Tegeler Straße nicht genehmigen!

© A.Schnell

Wohnhäuser stehen, ist ein Gewerbegebiet – Wohnen ist hier demnach eigentlich gar nicht zulässig. Die Häuser dort stehen jedoch absurderweise bereits deutlich länger.

Nun will BAYER die Wohnungen, die sie so lange zu bezahlbaren Preisen vermieten, abreißen. Aber warum? Das wollte uns BAYER nicht mitteilen. Auf die Frage, was denn stattdessen auf der Fläche gebaut werden sollte, gab uns der Konzern keine Antwort. Im Ausschuss konfrontierte ich ihn mit dem Abriss eines Wohnhauses auf der anderen Straßenseite, wo BAYER eigentlich große Baupläne hatte: Dort ist nun eine grüne Wiese. Nach einiger Zeit stellte sich heraus: Eigentlich wird die Fläche nur benötigt, um Baucontainer und eine Baustellenzufahrt an derselben Stelle zu errichten. Mit Verlaub: Das ist dämlich. Wer reißt

Wohnung erneut zu prüfen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen – es gibt nun also noch eine weitere Schonfrist.

Die Frage bleibt jedoch: Warum darf die BAYER AG einfach so bezahlbare Wohnungen abreißen? Wie geht eigentlich „bauen, bauen, bauen“ mit Abriss zusammen? Und warum lässt das Bezirksamt den Konzern einfach so gewähren?

Für die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte ist klar: Abriss von Wohnraum zu verhindern, ist eines der drängendsten Themen. Wir werden uns der Vernichtung bezahlbarer Wohnungen in jedem Fall entgegenstellen – vor allem dann, wenn sie ausschließlich Kapitalinteressen bedienen!

Martha Kleedörfer,
wohnungspolitische Sprecherin
der Linksfraktion in der BVV Mitte

Kurznachrichten

► Stipendien für Filmemacherinnen

Die Berliner Kulturverwaltung vergibt auch 2022 Stipendien an Filmemacherinnen für geplante Vorhaben. Damit soll die Präsenz von Regisseurinnen im Filmbereich erhöht werden. Unter 191 Anträgen wird die Jury zum 1. Juni 15 Stipendien zwischen 8.000 und 12.000 Euro auswählen.

► Stadtbad Tiergarten öffnet wieder

Eines der größten Sanierungsprojekte der Berliner Bäder-Betriebe, das Hallenbad am Fritz-Schloß-Park, soll 2022 nach drei Jahren wieder seine Türen öffnen. Eine wintergartenähnliche Erweiterung, ein Cafe, eine Kletterwand und Unterwasserscheinwerfer sollen das Bad, das jährlich von rund 160.000 Gästen genutzt wird, noch attraktiver machen.

► „Hetäre“ in der Alten Nationalgalerie

Das Gemälde „Hetäre“ Jan Toorops aus dem Jahr 1890 ergänzt seit Februar als Schlüsselwerk des europäischen Symbolismus die Sammlung der Alten Nationalgalerie. Der Titel bezieht sich auf die Kurtisane aus dem Altertum. Das Bild ist jedoch auch als „Venus des Meeres“ und „Die Frau vom Meer“ bekannt. Die Werke des niederländischen Malers, insbesondere Ölgemälde, gehören zu den vielbeachteten Attraktionen der Museen in aller Welt.

► Umbauarbeiten beginnen auf Fischerinsel

Im Nordosten der Fischerinsel sollen in diesen Tagen die Umbauarbeiten beginnen. 28 Bäume müssen im Vorfeld gefällt werden. Das sei laut Bezirksamt „das Mindestmaß“.

► 1000 Bäume Opfer der Winterstürme

Über 1000 Bäume sind in Mitte von den Winterstürmen Ylenia, Zeynep und Antonia umgerissen worden. Im Ottopark im Kleinen Tiergarten verletzte ein umfallender Baum eine Person. Mehrere Autos wurden im Stadtbezirk demoliert.

Bei anderen gelesen

Zur Antrittsrede des wiedergewählten Bundespräsidenten bemerkt die **taz**:

„Die soziale Spaltung der Gesellschaft gefährdet die Demokratie – umso enttäuschender ist, dass Steinmeier die soziale Spaltung in Arm und Reich bislang stiefmütterlich behandelt. Am Sonntag hat er Gerhard Trabert, Sozialmediziner und Kandidat der Linkspartei, angeboten, bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit zusammenzuarbeiten. Das war eine schöne, demokratische Geste. Aber sie reicht nicht. Steinmeier muss die Ungleichheit, die Demokratie zerfrisst wie Rost Eisen, zu seinem Thema machen.“

Die **Frankfurter Rundschau** meldet die Bildung eines Gewerkschaftsrates der Linkspartei. An der Nachricht sei vor allem überraschend, dass es ein solches Gremium bisher nicht gegeben hat, meint die Zeitung und kommentiert: „Traditionell stehen viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zwar der SPD nahe. Aber die Gründung der Linkspartei hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass sich frühere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von ihrer Partei abwandten – auch Leute aus dem Gewerkschaftsspektrum. Es ist erstaunlich, dass dieses Potenzial bisher nicht systematisch gehoben wurde. Jetzt, da die Linke durch miese Wahlergebnisse und innere Grabenkämpfe bedroht ist, besinnt sie sich auf ihre Wurzeln.“

Oskar Lafontaine unterstützt die seines Erachtens irreguläre Liste der LINKEN bei der Saarwahl nicht, berichtet **nd.DER TAG**. „Der Bundespartei liegen keine Belege für ein angebliches Betrugssystem vor“, zitiert das Blatt hingegen Bundesgeschäftsführer Schindler. Über Lafontaine schrieb Georg Fülberth unlängst im **Freitag**: „Denkbar ist, dass seine Politik dazu führte, dass die SPD in den Großen Koalitionen unter Angela Merkel sich sozialpolitisch zu profilieren suchte, sich 2021 auf wengleich niedrigerem Niveau konsolidierte und nun den Schröder-Follower Olaf Scholz als Kanzler etablieren kann – eine der Ironien der Geschichte, an denen Oskar Lafontaine beteiligt war.“ Lafontaine selbst bilanziert in der **ZEIT**: „Das Ziel bei der Gründung der LINKEN war es, die Lebensbedingungen der Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen, zu verbessern. Aber außer geringfügigen Korrekturen konnten wir nichts bewegen.“ Er habe eine Vereinigung der Linken und der SPD angestrebt, sei dabei aber nicht weit gekommen.

Menschen in Mitte

Christian Otto sorgt sich um P.U.K. a malta und um DIE LINKE

Christian Otto sorgt sich momentan um die Zukunft seines Arbeitsplatzes, die gemeinnützige GmbH P.U.K. a malta als Bildungsträger für den Wedding und besonders den Soldiner Kiez, und nicht weniger

zu Erzieherinnen. „Das ist eine glückliche Zeit für die Beteiligten, aber auch für mich“, betont der in Frankfurt (Oder) Geborene, „wichtiger als eine hohe Entlohnung für meinen Job“.



Engagierter Unterstützer sozial Benachteiligter: Christian Otto

um die seiner Partei. Der frühere Industriehof des Hydrarwerks in der Drontheimer Straße, wo P.U.K. a malta ihre Räume und Werkstätten hat und sozial benachteiligte Menschen, insbesondere Langzeitarbeitsuchende, unterstützt, wurde 2021 von BAUWENS GMBH & CO. KG gekauft. Der Kölner Immobilienhändler hat nach der sofortigen Verdoppelung der Miete bereits eine unbezahlbare Steigerung auf 20 Euro pro Quadratmeter angekündigt.

„Wir sind seit über 20 Jahren an diesem Standort und haben unsere Arbeit an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort angepasst“, erklärt der 41-jährige Erziehungswissenschaftler. „Heute haben wir jedes Jahr rund 100 junge Menschen, die ihren Schulabschluss bei uns nachholen. Zeitgleich fördern unsere Projekte in Kooperation mit Kitas, Schulen und gemeinnützigen Vereinen bis zu 200 Erwerbslose auf ihrem Weg zurück ins Arbeitsleben. Die drohende Verdrängung gefährdet das alles.“ Die persönliche Erfolgsbilanz des Prokuristen und künftigen Geschäftsführers krönt seit 2016 die Anstellung von etwa 25 Frauen in Kindergärten in Moabit und Wedding. Ein großer Teil, darunter auch die Freundin von Christian Otto, Cielo, qualifizierte sich hierbei

Genauso beschäftigen ihn die Perspektiven der Partei DIE LINKE, deren Mitglied er seit 14 Jahren ist. „Natürlich hat auch mich unser desaströses Wahlergebnis schockiert, jedoch nicht verwundert. Jetzt aber dürfen wir nicht in der Defensive versinken oder so weiter machen wie bisher. Wir müssen offen miteinander reden, zu Fehlern stehen und daran wachsen. Unsere Gesellschaft braucht dringend eine Transformation weg vom Kapitalismus“, verlangt Christian Otto. „Die junge Generation ist im Merkeldeutschland aufgewachsen und hat nie ein alternatives politisches System kennengelernt. Darum ist es nicht einfach, an ein solches zu glauben, geschweige denn selbst darauf hinzuwirken. Einer von vielen Gründen, weshalb der Austausch zwischen neuen und erfahrenen Genoss*innen so wichtig ist.“ Statt großer Worte sollten seiner Ansicht nach Taten sprechen und das am besten vor Ort bei den Menschen. Ein Kampfauftrag in Berlin-Mitte könnte jetzt die allseitige Unterstützung der von BAUWENS bedrohten Unternehmen, Vereine und Kreativen in der Drontheimer Straße sein. „Mit Taten und Erfolgen gewinnt man das Vertrauen der Wähler. Packen wir es an!“

Matthias Herold

Wo bleibt der Frühling?

Im Fernsehen ein Sommerbericht vom Vorjahr. Wortreiche Berliner Sichtachsenphilosophie: Sie bauen am Alex weniger hoch, weniger dicht, nur 130, nicht geplante 150 Meter gen Himmel. Absurd der Gedanke, hier könne es je wie in Manhattan sein...

Doch Mitte hat sich verändert. 55,5% der hier Wohnenden kamen irgendwann von irgendwoher jenseits Deutschlands, noch scheinen Bezirkspolitik und -politiker diesen ethno-kulturellen Reichtum nicht zu schätzen. 44,5% - Mittes große und ebenso vielfältige Minderheit - wen wird diese Zukunft irritieren, verärgern, erfreuen? Wer wird die Realität übersehen, verdrängen, sich langweilen, feindselig sein? Mittes Sprach- und Kulturwelt changiert von Kiez zu Kiez, in Moabit oder Wedding können türkische Männer schwatzend in Teestuben rauchend entspannen, der Leipziger Straße fehlt das öffentliche zu Hause. Ich, 1942 im fernen Ausland geboren, doppelte Staatsbürgerschaft, ins Berliner Straßendeutsch hineingewachsen, wurde selten nach meiner Lebenswelt gefragt, und mischte mich wie heutige Normbrecher ungefragt ein. Es gab damals keine Bodenhaftung für unsereins, kein buntes Neben- und Miteinander in Cafés, Restaurants, Geschäften, Straßen, Bus und Bahn. Jetzt ist Berlin-Mitte multilingual, soziodivers, interkulturell, und

natürlich voller Aversionen und Widersprüche. Schon vor Corona verfielen unbemerkt eingeschliffenes Denken, altbekannte Verhältnisse, vertraute Gewiss- und Gewohnheiten, das Glück wechselte die Spur. Man konnte das ignorieren, Lebenserfahrung verlor an Wert, neue Zahlungsmittel wie Karte, Handy, Uhr, Bitcoins kamen auf, man ging chillen. Altgewordene wie ich lernen vom Nachwuchs. Interessiert es wen, warum ich mißbehaglich durch die Klotzarchitektur Heidestraße spaziere, am Hauptbahnhof keine „Urban Europacity Berlin“ entstehen kann? Sie bauen auf Mittes letzter riesiger Freifläche und am Alex ohne z.B. Manhattans visionäre Projekte mitzudenken. Ein Kind ruft ins Handy „Mama hat Omicron“, es rollert weiter, die Generation Corona ist weitsichtig, technisch versiert, rennt, lacht, nascht, spaziert, redet viele Sprachen, kommt herum, wartet geduldig vor Bäckern, Haltestellen, Ampeln, Testzentren, Schulen. Sie wird global geschult der Zukunft mit weniger Mittelmaß dienen. Jetzt stürmt's, fast ist Frühling, Max



Badstraße / Ecke Pankstraße : die legendären Boateng-Fußballbrüder auf Beton verewigt

Raabe besingt im Admiralspalast glückliche Tage, bald knospen die Bäume. Werde ich erleben, dass der Hackesche Markt autofrei wird?
Irene Runge

Wird es tatsächlich Frühling

..., dann nix wie raus!

Vielleicht zu einer historischen Stadtwanderung. Thema: Der 18. März 1848. Start ist am gleichnamigen Platz, wo daran erinnert wird, dass an diesem Tag bei den Barrikadenkämpfen der Märzrevolution Hunderte Zivilisten ums Leben kamen. Vorbei am Brandenburger Tor, an dem leider aktuell wie selten gegen Krieg protestiert und Frieden eingefordert werden muss, geht es Unter den Linden zum Schloss. Auf dem Balkon des Originals mussten am 22. März '48, dem Tag der Beisetzung der Märzgefallenen, der König und die Minister zu Ehren der Toten die Hüte ziehen. Der Weg führt dann zum Deutschen Dom am Gendarmenmarkt, auf dessen Stufen die Särge der Gefallenen aufgebahrt waren, und endet am Ausstellungs- und Gedenkort „Friedhof der Märzgefallenen“ im Friedrichshain. Wer nicht so viel Puste hat, kann die U5 oder die Straßenbahnen M5 und M6 nutzen.

Blieben wir bei der Geschichte. Das Zillemuseum im Nikolaiviertel begeht sein 20-jähriges Bestehen und ehrt „Pinsel-Heinrich“, den Ehrenbürger Berlins, mit der Ausstellung „Zille heute“. Zu sehen bis zum 23. April. Für Linke wohl von besonderem Interesse: die Ausstellung „Karl Marx und der Kapitalismus“ im Deutschen Historischen Museum Unter den Linden. Dazu heißt es auf der Website des Museums: „Die Industrialisierung löste im 19. Jahrhundert enorme ökonomische, soziale und kulturelle Umbrüche aus. Zu den bedeutendsten Kritikern der Verwerfungen der ‚Moderne‘ und des Kapitalismus gehörte Karl Marx. Als Philosoph, Journalist, Ökonom und politischer Aktivist hatte er das Ziel, die neuen Verhältnisse versteh- und veränderbar zu machen.“

Nach längerer coronabedingter Zwangspause trifft Gregor Gysi im Deutschen Theater

wieder Zeitgenossen. Nachdem jüngst Leander Haußmann zu Gast war, kommt am 20. März die Schauspielerin Ursula Werner. Aktuell wird es bestenfalls noch Restkarten geben, ich kann aber sehr empfehlen, diese Veranstaltungsreihe im Blick zu behalten.

Schließlich noch zwei Tipps für die Couch: In der ARTE-Mediathek ist „Angela Merkel - Im Lauf der Zeit“ zu sehen. Dokumentarfilmer Torsten Körner ist der Ex-Kanzlerin erstaunlich nahe gekommen und wahrt zugleich wohlthuend Distanz. Auf Bewertungen wird verzichtet, die mögen Zuschauerinnen und Zuschauer selbst treffen - gut so! Wer „Unterleuten“ mit Genuss las, wie ich es tat, sollte jetzt zu Juli Zehs „Über Menschen“ greifen. Wieder ein ganz und gar nicht gestrig-provinzieller Roman, der auf dem brandenburgischen flachen Land spielt.

Georg Fehst

Gestaltend schreiten wir voran

Parteien in Deutschland kommt eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe zu. Sie wirken am politischen Willensbildungsprozess mit, sprich, sie liefern unter anderem ein Für und Wider für gesellschaftliche Prozesse. Parteien müssen ebenso regelmäßig an Wahlen teilnehmen, um dieses Für und Wider parlamentarisch umsetzen zu können. Für dieses Umsetzen brauchen sie im Parlament Verbündete oder Koalitionspartnerinnen und müssen in der Regel mit denen Kompromisse eingehen, wenn man in der Sache nicht den gleichen Standpunkt vertritt.

Einer dieser Kompromisse für alle beteiligten Parteien ist die angestrebte Lösung im Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot zu „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“: die Expert*innenkommission zur Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids. Ja, wir wollen als Linke die sofortige Umsetzung und mussten hier den anderen Partnerinnen entgegenkommen. Doch es wird gern aus dem Blick verloren, dass auch die SPD sich bewegen musste – und auch

einen größeren Schritt machen musste. Die Koalitionsverhandlungen brachten Franziska Giffey von ihrer roten Haltelinie im Wahlkampf gegenüber Vergesellschaftungen hin



Wohnen – die soziale Frage unserer Zeit

zu einer Kommission, die die Eckpunkte einer Umsetzung erörtern soll. Dies ist ein Erfolg unserer Partei.

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Teile der Berliner Sozialdemokratie bevorzugen zur Lösung dieser ein „Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen“,

zusammen aus Senat, Wohnungswirtschaft und Sozialverbänden. Dieses „Hamburger Modell“ erhöhte in der Hansestadt zwar die Neubauzahlen, doch ebenso die Mieten, die sie eigentlich zu bändigen versuchte. Der (erneute) Glauben an die Privaten scheint nicht von Erfolg gekrönt zu sein. Das musste auch der neue SPD-Wohnensenator Andreas Geisel erfahren, als eben jene Private ihm eine Abfuhr bei einem freiwilligen Einfrieren der jetzigen Mieten für die nächsten Jahre erteilten. Ein zweifelhaftes Unterfangen, das es mit einem von der Ampel bundesweiten eingesetzten Mietendeckel nicht brauchen würde.

Wir stehen als Linke jedoch vor der Entscheidung, entweder dieses Bündnis weiter zu kritisieren und dazu die Hände in den Schoß zu legen oder als soziale Stimme dafür zu sorgen, dass die Bauvorgaben unter anderem sozialer vereinbart werden, als es sich die Privaten wünschen, um unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren weiter gerechter zu gestalten.

Anne Helm, Vorsitzende der Linksfraction im AGH

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren. sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der 04.03., 18.03., 01.04. und 15.04. jeweils von 15 bis 17 Uhr



Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraction in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und

an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39, 13353 Berlin – Wedding

Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 10 – 16 Uhr Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buer.o.schulze@linksfraction.berlin • www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE

www.tobiasschulze.berlin • Twitter: @sprengbuero



Das ist das Letzte

Wir sitzen alle in einem Boot. Während der Pandemie ist das oft zu hören. Ja, vielleicht in einem Boot, gewiss nicht im selben. Wenige lümmeln auf Luxusjachten, viele rudern, um über die Runden zu kommen, einige bangen in Schlauchbooten ums nackte Leben.

Während der Krise verdoppelten die zehn reichsten Milliardäre ihr Geldvermögen auf insgesamt 1,6 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig gerieten über 160 Millionen Menschen neu in Armut. Im Januar lag die Impfquote in Europa bei 70, in Afrika bei unter zehn Prozent. Über das Schicksal der Leute dort erfahren wir wenig, über die Kümernisse des Tennisspielers Djokovic wurden wir im Stundentakt informiert.

Auch in Deutschland speisen Einzelne fürstlich an Tafeln, Tausende jedoch sind auf die Tafeln angewiesen. Der Einzelhandelsumsatz ist enorm gestiegen, lese ich. Stimmt – nur versenken die Tanker namens Aldi, Lidl & Co. die Hausboote vieler kleiner Kaufleute. Lidl-Besitzer Schwarz „verdient“ in anderthalb Minuten so viel wie eine Verkäuferin im ganzen Jahr. Ist „Abstand halten!“ so gemeint?

Keine Lichtblicke? Doch. Rainer Wieland, CDU-Europaabgeordneter, ließ für 630.000 Euro sein Büro umbauen und kurbelte so die Wirtschaft an. Und wir sind dabei gewesen! Mit unseren Steuergeldern. Auf Sylt öffnet ein neues Hotel. Das günstigste Doppelzimmer kostet 790 Euro, die teuerste Suite (mit Meerblick!) 3500 Euro. Pro Nacht. Der deutsche Energiekonzern Eon schenkt seinen Kunden in Großbritannien neben einer Preiserhöhung ein Paar warme Socken! Bei Lieferando erhielten die Beschäftigten zu Weihnachten zwar kein 13. Monatsgehalt, aber immerhin je eine Tüte Nudeln!

Mitunter sichten wir doch ein gemeinsames Boot. Während landauf landab das öffentliche Leben eingeschränkt wurde, stachen Kreuzfahrer in See. Einige strandeten. Da saßen dann tatsächlich mal alle in einem Boot ... fest.

Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 21.02.2022
Ausgabetag für Nr. 04/2022 - 07.04.2022



Karikatur: Klaus Stuttmann



© Orlando el Mondry

Das „Cafe Leo“ ...

und dessen Betreiber Hüseyin Ünlü sind akut von der Räumung bedroht. Nachdem die Petition zur Rettung des Cafés bereits über 5.000 Unterschriften bekommen hat, antwortete das Bezirksamt lediglich, die Räumung sei „keine Verdrängung, sondern Fortbetrieb mit einem alternativen gemeinnützigen Angebot“.

Ünlüs Anwalt hat nun Einspruch gegen die angedrohte Räumung eingereicht, weil drei Anträge Ünlüs noch nicht beantwortet wurden. Eine Räumung Anfang März scheint aber weiterhin möglich.

Solidarität mit Hüseyin Ünlü auf dem Leopoldplatz

Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- zum 97. Heinrich Grote
- zum 94. Victor Grossman,
Helmut Hauptmann
- zum 93. Ingeborg Langner
- zum 90. Georg-Dietrich Breden
- zum 88. Rolf Krug, Vera Reuß, Fritz Wengler
- zum 87. Udo Leuschner, Ingrid Renner
- zum 86. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut,
Helmut Schieferdecker,
- zum 85. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker
- zum 84. Rita Kindler, Helga Rieß
- zum 83. Gerda Daenecke-Hohmuth,
Ingrid Gohritz, Anne-Dore Zachrau
- zum 82. Birgid Gysi
- zum 70. Steffi Chotiware-Jünger